



17.3604

**Motion Fraktion
der Bürgerlich-Demokratischen Partei.
Luftwaffe.
Grundsatzentscheid vor das Volk!**

**Motion groupe
du Parti bourgeois-démocratique.
Forces aériennes. Soumettre
la décision de principe au peuple!**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.03.18
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.06.18
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.12.18

Antrag der Mehrheit
Ablehnung der Motion

Antrag der Minderheit
(Baumann, Fournier, Hegglin Peter, Jositsch, Kuprecht, Savary)
Annahme der Motion

Proposition de la majorité
Rejeter la motion

Proposition de la minorité
(Baumann, Fournier, Hegglin Peter, Jositsch, Kuprecht, Savary)
Adopter la motion

Le président (Fournier Jean-René, président): Un rapport écrit de la commission vous a été remis. Le Conseil fédéral propose l'adoption de la motion.

Ettlin Erich (C, OW), für die Kommission: Mit der Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, dem Stimmvolk raschestmöglich die Grundsatzfrage der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen – und nur von neuen Kampfflugzeugen – zu stellen. Die Beschaffung soll losgelöst von der Typenfrage entschieden werden können und im Rahmen des Armeebudgets erfolgen.

Der Nationalrat hat die Motion am 5. Juni 2018 mit 99 zu 77 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen, und der Bundesrat beantragt ebenfalls die Annahme der Motion.

Der Bundesrat hat am 23. Mai 2018 den Vorentwurf eines Bundesbeschlusses über die Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraumes in die Vernehmlassung gegeben. Die Vernehmlassungsfrist ist am 22. September 2018 abgelaufen. Der Bundesrat hat einen Planungsbeschluss vorgeschlagen und das Anliegen, die Beschaffung der Kampfflugzeuge vor das Volk zu bringen, damit bereits aufgenommen. Allerdings hat er einen Planungsbeschluss für die Beschaffung der Kampfflugzeuge und eines neuen Systems der bodengestützten Luftverteidigung (Bodluf) zusammen vorgesehen, also nicht nur für die Kampfflugzeuge, wie es die Motion verlangt.

In Ihrer Kommission drehte sich die Diskussion um die Frage, welchen Weg man bei der Beschaffung der Kampfflugzeuge einschlagen und wie man diese Beschaffung dem Volk unterbreiten solle, ohne Präjudizien zu schaffen. Dass das Volk nach der Gripen-Abstimmung befragt werden soll, ist die grossmehrheitliche Position Ihrer Kommission, obwohl wir darüber nicht abgestimmt und nichts dazu beschlossen haben. Die Mehrheit



der Kommission ist der Meinung, dass die Motion nicht mehr nötig und zudem sehr einengend ist. Im Gegensatz zum angedachten Planungsbeschluss beinhaltet die Motion nur die Beschaffung der Kampfflugzeuge. Gemäss dem Motionstext und der Begründung wäre künftig jede Beschaffung von Kampfflugzeugen dem Volk zu unterbreiten, und die Beschaffung sollte losgelöst von der Typenfrage und im Rahmen des Armeebudgets erfolgen. Hier liegt auch ein gewisser Widerspruch vor, nämlich dass die Beschaffung im Rahmen des Armeebudgets erfolgen und raschestmöglich dem Volk unterbreitet werden soll: Diese beiden Dinge schliessen sich im Normalfall aus.

Es ist dabei klar, dass es sich nicht nur um eine rechtliche, sondern vor allem auch um eine politische Frage handelt, wobei in der Vergangenheit die Abstimmung über die Kampfflugzeugbeschaffung die Regel und nicht die Ausnahme war. Somit besteht die Gefahr, die die Motion bannen will, eigentlich gar nicht.

Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass man die Motion ablehnen kann, weil das Anliegen auch konkret aufgenommen worden ist und wir Vorstösse, die bereits aufgegleist sind, eigentlich als erledigt zu betrachten pflegen. Das heisst aber nicht, dass wir das Anliegen der Motionäre ablehnen, im Gegenteil.

Aus all diesen Gründen lehnt die Mehrheit Ihrer Kommission mit Stichtentscheid des Präsidenten die Motion ab. Eine Minderheit – die natürlich in einem solchen Fall gross ist, das gebe ich zu – ist der Meinung, dass die Motion angenommen werden soll. Die Gründe wird Kollege Baumann darlegen.

Ich kann zusammenfassen: Ja, die vorgesehene Beschaffung der Kampfflugzeuge gehört vor das Volk. Dafür braucht es aber diese Motion nicht: Sie schränkt die möglichen Vorgehensweisen ein und bringt keinen Zusatznutzen.

Die Kommission schlägt Ihnen deshalb die Ablehnung der Motion vor.

Baumann Isidor (C, UR): Die Minderheit, die eigentlich fast keine Minderheit ist, weil sie gleich stark ist wie die Mehrheit, beantragt die Annahme der Motion, und zwar aus folgenden Überlegungen.

Im Motionstext wird festgehalten, dass es um die Grundsatzfrage der Beschaffung von Kampfflugzeugen geht, losgelöst von der Typenfrage und im Rahmen des Armeebudgets. In dieser Motion ist also der Grundsatz festgehalten, dass es bei einer Volksabstimmung nicht um Detaildiskussionen gehen sollte, sondern um die Grundsatzfrage. Das ist auch das,

AB 2018 S 943 / BO 2018 E 943

was der Bundesrat immer zur Beschaffung von Kampfflugzeugen kommuniziert hat.

In der Begründung der Motion wird verlangt, dass aufgezeigt wird, dass die Kompatibilität der Kampfflugzeuge mit dem ebenfalls zu beschaffenden Boden-Luft-Abwehrsystem sichergestellt ist. Die Motion verlangt also nicht, dass die Frage des Boden-Luft-Abwehrsystems in die Volksabstimmung integriert werden muss; sie verbietet es aber auch nicht. Somit steht die Motion absolut nicht im Widerspruch zum Entscheid des Bundesrates. Sie haben ja der Stellungnahme des Bundesrates entnommen, dass der Bundesrat die Annahme dieser Motion beantragt.

Es geht auch darum, dass wir die Bewertung des Nationalrates anschauen. Der Nationalrat hat die Motion mit 99 zu 77 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Ich glaube, wir dürfen heute beim Stimmvolk nicht den Eindruck erwecken, dass wir uns als Parlament, weil wir bei der Gripen-Vorlage verloren haben, nicht mehr getrauen, dem Schweizervolk diese Frage zu stellen. Ich bin der Meinung, dass Begründungen, man sollte diese Motion aus Sicht des Zeitverlustes ablehnen, nicht stichhaltig sind. Warum sind sie nicht stichhaltig? Wir sollten davon ausgehen, dass laut verschiedenen Meldungen die Einreichung einer Initiative praktisch garantiert ist. Dann gäbe es eine grössere Zeitverzögerung, als wenn wir direkt vor das Volk gehen würden. Verzögerungen bei der Beschaffung von Kampfflugzeugen sind eigentlich nicht mehr angebracht. Wir wissen alle aus früheren Diskussionen, dass die Ersatzbeschaffungen dringend notwendig sind.

In diesem Sinne beantragt Ihnen die Minderheit, dieser Motion zuzustimmen. Der Bundesrat ist frei, mit welchem Instrument er eine Vorlage vorbereitet, um sie dem Volk zum Entscheid zu unterbreiten. Folgen Sie aus diesen Gründen der Minderheit, und stimmen Sie der Motion zu!

Minder Thomas (V, SH): Wir alle unterlassen es nicht, immer wieder unser hochdemokratisches Politsystem im In- und Ausland zu loben. Aus dieser Sicht sollte es mehr als selbstverständlich sein, dass ein derart wichtiger Entscheid vors Volk kommen muss, umso mehr, als nur das Volk selbst seinen Entscheid des Gripen-Neins korrigieren kann. Man hat das Volk im Mai 2014 zum Kauf von 22 Kampfflugzeugen befragt. Somit kann nur das Volk seinen gefällten Entscheid korrigieren oder bestätigen. Es ist nicht ganz korrekt, dass man zwar das Volk bei der Gripen-Abstimmung über den Kauf einer Anzahl Flugzeuge befragt hat, bei der kommenden Abstimmung dies aber unterlassen will. Wir lassen das Volk über 70 Franken AHV-Erhöhung und den Preis der



Autobahnvignette von 70 Franken abstimmen, doch wir tun uns schwer, dem Souverän Vorlagen zu grossen Milliardenbeträgen und zum Kauf einer Anzahl Flugzeuge vorzulegen.

Den staats- und ordnungspolitisch sauberen Ansatz habe ich Ihnen mit der Motion 17.4318, "Einführung des eidgenössischen fakultativen Finanzreferendums", vorgelegt; der Rat hat diese in der letzten Session abgelehnt. Was auch immer wir heute entscheiden: Es ist ein willkürlicher Entscheid.

Die BDP-Fraktion will den Entscheid zum Kampfflieger und zum Bodluf-System dem Volk vorlegen. Es ist der erste solche Vorstoss; womöglich kommen noch x andere, allerspätestens aus der Kommission, wenn die bundesrätliche Vorlage vorliegen wird. Die einen wollen eine Vorlage mit Bodluf-System vorlegen, die anderen ohne; die einen wollen eine Vorlage mit einer bestimmten Anzahl Flugzeuge, die anderen nicht; die einen wollen eine Vorlage mit einem bestimmten Flugzeugtyp, die anderen nicht.

Ich werde mich der Stimme enthalten. Aus Sicht des Souveräns müsste man zustimmen – das stimmt, Kollege Baumann. Staats- und ordnungspolitisch ist diese Motion jedoch willkürlich und falsch. Wenn wir ordnungspolitisch so weiterpolitisieren, so können wir in Zukunft bei jedem wichtigen Finanzentscheid einen Fünfliber aufwerfen und schauen, auf welche Seite er fällt. Und weil er nicht immer auf dieselbe Seite fällt, legen wir den Entscheid zum entsprechenden Betrag dem Souverän einmal vor und ein andermal nicht. Das ist reine Willkür. Ausser, dass wir das Volk dazu schon einmal befragt haben und es aus Sicht des Steuerzahlers eine enorm hohe Summe ist, welche wir für die Luftverteidigung auszugeben gedenken, gibt es keinen Grund – es gibt auch keine entsprechende gesetzliche Bestimmung –, diesen Betrag dem fakultativen oder sogar dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, wie es diese Motion übrigens vorsieht; Sie haben das womöglich zur Kenntnis genommen. Es steht bekanntlich das Wort "Stimmvolk" im Motionstext.

Ich garantiere Ihnen – Sie können mit mir heute Morgen erneut eine Wette abschliessen –, dass wir in Zukunft vermehrt Vorstösse wie diesen sehen werden; Vorstösse, die eine obligatorische Volksabstimmung verlangen, über was auch immer, weil in der aktuellen Gesetzgebung eben ein fakultatives Finanzreferendum auf nationaler Ebene fehlt.

Nochmals: Ordnungspolitisch ist dieses Vorgehen nicht gut. Je nach Zusammensetzung des Parlamentes und dessen Gusto werden Entscheidungen gefällt. Einmal entscheiden wir, den Finanzentscheid dem Volk obligatorisch vorzulegen, ein anderes Mal unterstellen wir diesen dem fakultativen Referendum, und ein weiteres Mal legen wir dem Souverän gar nichts vor. Diese Art von plebiszitärer Politik – man könnte auch sagen: Ad-hoc-Volksabstimmungen, wie es uns gerade gefällt – gehört eigentlich nicht in diesen Rat. Dass diese Art zu politisieren alles andere als seriös und schweizerisch ist, wo sonst gerade bei den Volksrechten alles bis ins letzte Detail geregelt ist, sei an dieser Stelle ebenfalls erwähnt.

Welche Taste wir bei dieser Vorlage auch immer drücken – zufriedenstellen kann uns das Ergebnis nicht. Ich enthalte mich daher der Stimme.

Savary Géraldine (S, VD): Comme cela a été rappelé, le 23 mai 2018, le Conseil fédéral a mis en consultation l'arrêté de planification relatif au renouvellement des moyens de protection de l'espace aérien. L'idée est de présenter à la population un concept qui prévoit la complémentarité des moyens de défense sol-air et de nouveaux avions de combat.

Je considère tout à fait personnellement que c'est une démarche intéressante. Cette question avait déjà été discutée dans le groupe d'accompagnement auquel j'ai eu l'honneur de participer. Plutôt que de présenter chaque année l'acquisition de nouveaux matériels militaires dans le cadre des programmes d'armement, le département vise là à rendre plus lisible, au fond, la politique d'achats militaires. Mais cela lui impose aussi d'établir des priorités. De ce point de vue-là, je considère, encore une fois, qu'on doit, si ce n'est accompagner, du moins prêter attention à cette démarche.

Je pense en outre qu'il n'est pas interdit de parier sur l'intelligence de la population et ainsi de lui présenter un concept en matière de protection du ciel. A mes yeux, ce concept se prêterait tout à fait bien à l'exercice démocratique. Je trouve que souvent, en matière de politique de sécurité, on souffre du manque de vision d'ensemble et quand, comme dans le cas particulier, on nous présente un concept, qu'on y soit favorable ou pas, cela a le mérite au moins de présenter à la population, au Parlement et aux acteurs de la politique de sécurité, une vision. Et cela, c'est bon à prendre.

Ainsi, avec cette démarche, le Parlement d'abord, puis la population pourraient se prononcer sur les moyens qu'il convient de consacrer à la protection du ciel, sur le type de menaces à prendre en considération, et sur l'adéquation entre les moyens et les dangers répertoriés. L'une des manières de rendre ce débat intelligible pour la population, c'est de lui présenter un arrêté de planification qui porte tant sur les moyens de défense déployés au sol que sur les avions nécessaires et leur nombre. Au fond, la motion du groupe PBD compte plusieurs défauts – cela a été rappelé –, mais elle accompagne la réflexion du Conseil fédéral sur ces questions.



C'est pour ces raisons que je vous invite à soutenir la motion. Le débat ne fait que commencer. Le Parlement a envoyé des signaux au département en souhaitant qu'une consultation populaire sur ces questions ait lieu. Il s'agit de l'une des pistes. Si l'arrêté de planification est choisi et qu'il contient des montants et un concept, on y sera ensuite favorable ou non. Mais au moins, on aura, devant les yeux, matière à débattre et à réfléchir, de manière assez complète, je trouve.

Pour ces raisons, je vous invite à soutenir la minorité de la commission.

AB 2018 S 944 / BO 2018 E 944

Dittli Josef (RL, UR): Die Motion will den Bundesrat beauftragen, dem Stimmvolk raschestmöglich die Grundsatzfrage der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen zu stellen. Der Bundesrat stellt in seiner Stellungnahme richtigerweise fest, dass Rüstungsbeschaffungen an sich nicht dem Referendum unterstellt werden müssen. Nun will er aber mit seinem Planungsbeschluss nicht nur die Kampfflugzeuge, sondern auch noch die bodengestützte Luftverteidigung dem Volk unterbreiten – dies völlig ohne Not und ohne dass es in der Motion gefordert würde.

Zur Thematik der Grundsatzfrage: Der Bundesrat soll also dem Stimmvolk die Frage unterbreiten, ob neue Kampfflugzeuge beschafft werden sollen. Diese Grundsatzfrage erübrigt sich eigentlich, denn sie stellt sich gar nicht. In Artikel 58 Absatz 2 der Bundesverfassung steht, die Armee "verteidigt das Land und seine Bevölkerung". Damit das möglich ist, braucht es eine Luftwaffe mit Kampfflugzeugen, denn ohne den gesicherten Schutz des Luftraumes mit Kampfflugzeugen kann die Armee ihren Auftrag nicht erfüllen, und es kann auch der Schutz der Bevölkerung nicht gewährleistet werden. Ich sehe also nicht ein, warum dem Volk die in der Motion geforderte Grundsatzfrage gestellt werden soll.

Als Nächstes stellt sich für mich die Frage, ob es denn richtig ist, die Möglichkeit des Referendums bei einer Rüstungsbeschaffung zu schaffen. Antwort: eigentlich nein, denn auch Rüstungsbeschaffungen laufen ordentlich über das Budget und den Finanzplan, indem wir einen Verpflichtungskredit beschliessen, diesen in Jahrestanchen ins Budget aufnehmen und in die Finanzplanung einfliessen lassen. Doch, das sehe ich natürlich auch, wurde mit der Ermöglichung des Gripen-Referendums ein Präjudiz geschaffen, welches uns nun einholt und nicht mehr so einfach aus dem Weg zu räumen ist. Wir können dem Volk nur schwer erklären, warum wir beim Gripen eine referendumsfähige Vorlage geschaffen haben und dies nun beim neuen Kampfflugzeug nicht mehr der Fall sein soll.

Ich habe durchaus Sympathie dafür, dass man dem Volk für den Flieger etwas Referendumsfähiges unterbreitet. Ich hätte mir zum Beispiel vorstellen können, einen referendumsfähigen Verpflichtungskredit für den Flieger zu schaffen – aber nicht einen Planungsbeschluss, in den man noch die Bodluf integriert und mit dem man die Katze im Sack kaufen soll. Denn ich bin klar der Auffassung, dass dem Volk gesagt werden soll, wie viele Flugzeuge mit welcher Leistung und für wie viel Geld es erhält. Der Typ hingegen interessiert auch mich nicht.

Die vorliegende Motion ist für mich in erster Linie eine Einschränkung der Handlungsfreiheit des Bundesrates. Die Annahme der Motion würde heissen, raschestmöglich eine Abstimmung über die Grundsatzfrage der Fliegerbeschaffung durchzuführen. Ich bin klar der Auffassung, dass der Handlungsspielraum des Bundesrates jetzt nicht eingeschränkt werden soll, indem auf die Schnelle irgendeine Volksabstimmung provoziert wird, deren Ausgang auch mit Risiken behaftet ist. Zudem nehme ich einmal an, dass der Bundesrat, wenn wir die Motion heute annehmen, genau mit jenem Planungsbeschluss ins Parlament kommen wird, den er in der Vernehmlassung hatte, und wir nicht nur über den Kampfflieger, sondern eben auch über die Bodluf diskutieren werden.

Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen, damit für gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs gesorgt wird. Nur mit einer Ablehnung dieser Motion behält der Bundesrat den vollständigen Handlungsspielraum.

Hêche Claude (S, JU): Monsieur le conseiller fédéral, vous me permettez de vous citer: l'adoption de la motion "ne préjugerait pas, du point de vue du Conseil fédéral, de la suite de la procédure. Son acceptation ne remet pas en cause la stratégie du Conseil fédéral consistant à présenter un arrêté de planification élargi. Un rejet de la motion n'empêcherait toutefois pas non plus le Conseil fédéral de poursuivre le processus."

Je vous le concède: tout n'est pas très simple pour vous dans ces dossiers. J'utilise volontairement le pluriel, puisque les questions qui se posent concernent les avions de combat et le système de défense sol-air. Mais ce qui me paraît fondamental, c'est que la population, avant de s'exprimer, doit préalablement connaître la position du Parlement.



Donc, en résumé, si on accepte, cela ne change rien; si on refuse, cela ne change rien. Est-ce bien de cela que l'on parle? Chères et chers collègues, je vous propose de faire simple et de refuser la motion et, en bonus, on évite de voter sur quelque chose qui me paraît inutile.

Dans le respect attendu de notre démocratie, il est primordial que la population se prononce sur ce sujet, ce d'autant plus qu'elle a déjà mis son veto, et je crois véritablement – du moins je l'espère profondément – que personne ne conteste le droit du peuple à se déterminer sur cet élément fort de l'avenir de la protection aérienne. Mais toujours par respect pour notre démocratie, sollicitons la population au bon moment. Nous devons assumer notre part de responsabilité et dégrossir, affiner le dossier. Poser la question au peuple alors que l'on ne sait ni quoi ni comment, c'est aller un peu vite en besogne. Les Chambres fédérales doivent assumer leurs tâches et donner un visage à la défense aérienne, en examinant les questions du nombre d'avions et des investissements financiers.

Poser la question de principe de savoir si l'armée doit disposer de Forces aériennes opérationnelles dotées d'avions de combat modernes, c'est un peu une question rhétorique qui n'appelle pas vraiment de réponse. Connaissiez-vous quelqu'un qui voudrait des Forces aériennes qui ne soient pas opérationnelles, dotées d'avions de combat qui ne soient pas modernes? C'est un peu comme si on vous demandait si vous voulez une voiture qui roule. De plus, je maintiens que c'est un mauvais signal envoyé à la population.

Le travail parlementaire ne doit pas être sous-estimé. Notre responsabilité est de déterminer si l'arrêté de planification doit porter sur un paquet – nouveaux avions et système de défense sol-air – ou uniquement sur les avions de combat. Il est aussi de la responsabilité du Parlement de décider si l'arrêté doit préciser le nombre d'avions de combat. De plus, notre Parlement doit clairement préciser l'enveloppe financière qu'il souhaite aussi engager dans ce dossier. Et ceci me paraît, je le répète, fondamental.

Pour ces quelques raisons, je vous invite à rejeter la motion qui nous est soumise.

Kuprecht Alex (V, SZ): Betrachten wir zuerst einmal die Ausgangslage. Die Ausgangslage ist die, dass das Volk den Kauf von 22 Gripen abgelehnt hat. Warum es zu dieser Ablehnung kam, sei dahingestellt. Für die einen waren es Papierflieger, für die anderen waren es Indiskretionen aus der Begleitkommission des Nationalrates, und eine dritte Kategorie wollte gar keine Flieger. Aber er ist abgelehnt worden, das Volk hat entschieden.

Es geht jetzt darum – das ist unbestritten –, dass die Luftwaffe und das Bodluf-System zwingend erneuert werden müssen. Die Flugzeuge kommen ans Ende ihrer Lebenserwartung, und die Zusatzinvestitionen, die wir schon einmal beschlossen haben, sollten die letzten in die bestehenden F/A-18 sein. Weitere Zusatzinvestitionen in ein dann mehr als veraltetes Flugzeug lohnen sich effektiv nicht mehr.

Herr Kollege Dittli hat es gesagt: Artikel 58 der Bundesverfassung ist eigentlich matchentscheidend. Er hat auch den entsprechenden Absatz zitiert. Nur, Herr Dittli, dieser Absatz stand schon bei der Gripen-Abstimmung in der Bundesverfassung! Das Volk hat keine Rücksicht auf Absatz 2 von Artikel 58 genommen. Die Motion verlangt im Prinzip jetzt einen Volksentscheid über das, was das Volk schon einmal entschieden hat. Ich bin der Auffassung, dass nur das Volk eine Entscheidung, die es einmal getroffen hat, wieder aufheben kann. Es liegt an uns, die Notwendigkeit der Erneuerung der Luftwaffe, aber auch die Erneuerung des Bodluf-Systems klar und verständlich dem Volk hinüberzubringen.

Es geht deshalb um einen Grundsatzentscheid und nicht um die Typenfrage. Ich kann Ihnen garantieren: Wenn Sie dem Volk einen Typenentscheid vorlegen, dann wird dieser von all jenen, die in Bezug auf den vom Bundesrat getroffenen Typenentscheid unterliegen, torpediert werden. Das war schon beim Gripen der Fall, und das wird sich wiederholen. Es geht

AB 2018 S 945 / BO 2018 E 945

hier um eine ausserordentlich grosse Investition, und die Interessen sind natürlich sehr gross. Dass dann, wenn der Entscheid gefällt wird, der Typ abgelehnt wird, damit die Unterlegenen dann wieder im Geschäft sind, das sehen wir jetzt eindeutig. Wenn die Motion angenommen wird, bekommt der Bundesrat – wir sind ja Zweitrat – einen klaren Auftrag, einen Beschluss vorzulegen, der dann allenfalls in die Volksabstimmung geht: einen Entscheid nur für das Kampfflugzeug.

Wir befinden uns jetzt im Prinzip wie bei der Eisenbahn vor einer Weiche. Gehen wir über einen Planungsbeschluss vor das Volk, oder pauken wir es durch und warten dann, bis die Volksinitiative, die mit Sicherheit gestartet werden wird, die definitive Entscheidung bringt? Der Unterschied liegt in der Zeitachse. Wenn wir einen Planungsbeschluss haben, haben wir das Heft in der Hand und können selbst bestimmen. Wir geben den Takt an, und wir sagen dann dem Volk, was jetzt entschieden werden muss, und warten nicht ab, bis die Volksinitiative womöglich drei Tage vor dem Ende der Frist eingereicht wird. Wenn das der Fall wäre – da können Sie sicher sein –, werden wir vor 2025 kein Flugzeug bestellen; eigentlich sollte dann das Flugzeug



bereits zur Auslieferung kommen. Es ist also die Frage des Weges zum Ziel.

Ich bin der Auffassung, dass die Motion mit diesem Grundsatzentscheid der schnellere Weg ist. Darum unterstütze ich diese Motion auch. Sie schafft Klarheit, auch über die Frage der Verteidigungsfähigkeit in der dritten Dimension. Das scheint mir zentral zu sein. Der Typ ist für uns nicht relevant. Der Typ hat lediglich den Auftrag zu erfüllen, den die Verfassung eigentlich vorgibt. Ob er jetzt A, B oder C heisst, ist nicht relevant.

Die Frage der Anzahl Flieger ergibt sich dann aufgrund des Kaufpreises und des Maximalbetrags, der bewilligt wird. Es ist meines Erachtens eine der grössten Investitionen der Armee in den letzten zwanzig bis dreissig Jahren. Es geht um 6 bis 7 Milliarden Franken. Das ist ein Entscheid von grosser Tragweite – auch wenn Bodluv nicht darin enthalten ist. Wenn jemand sagt, dass 6 bis 7 Milliarden Franken nicht von besonderer Tragweite seien, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

Daher möchte ich Sie bitten, jetzt nicht einfach das Heft des rein Formalrechtlichen in die Hand zu nehmen, sondern auch klug zu sein und den Entscheid in Bezug auf die Kampfflugzeuge möglichst rasch dem Volk vorzulegen. Ich unterstütze deshalb, wie bereits erwähnt, die entsprechende Motion.

Wicki Hans (RL, NW): Bei der Gründung unseres Bundesstaates Schweiz haben wir einen Gesetzgebungsprozess installiert, der lange und gut gewachsen ist. Es wurden Aufgaben zwischen Parlament, Bundesrat und Volk verteilt. Jetzt beginnen wir auf einmal, irgendetwas herauszupicken, nur weil es irgendwo nicht in ein Schema passt. Diese spontane und auch zufällige Zuordnung von irgendwelchen Aufgaben schafft eigentlich nur Rechtsunsicherheit. Ich denke, das ist ein heikler Weg, den wir jetzt gehen.

Aber verstehen Sie mich bitte nicht falsch, ich bin nicht gegen die Anpassung irgendeines Systems. Wir dürfen gerne darüber diskutieren, dass das System Mängel hat und wir vermutlich etwas ändern müssen – aber dann bitte mit einem Plan, mit konkreten Vorstellungen, mit konkreten Worten, und dann kann man darüber diskutieren. Auf spontane Einzelfälle zu reagieren, erachte ich hier, in dieser wichtigen Frage für die Armee, aber als falsch.

Die Motion begründet selbst, dass es auch andere Rüstungsgüterbeschaffungen gebe, die man jetzt durchaus noch dem Volk vorlegen könnte, z. B. die Beschaffung von Sturmgewehren oder Artilleriegeschützen. Aber ich frage mich, wieso genau jetzt nur dieses Thema zur Diskussion gestellt wird. Falls irgendjemand im Hinterkopf hat, es sei ein Finanzreferendum einzuführen, dann soll er es doch sagen. Es gäbe nämlich auch noch andere Grundsatzentscheide, die dann vors Volk kommen könnten. Man kann darüber schon diskutieren, ich finde diese Diskussion sogar bemerkenswert und interessant. Aber jetzt nichts dazu zu sagen und am Schluss dann zu kommen und zu sagen: "So, jetzt machen wir ein Finanzreferendum zu anderen Grundsatzentscheiden", das, finde ich, ist der falsche Weg.

Grundsätzlich haben Sie, Kollege Kuprecht, es schon richtig gesagt: Der Typenentscheid kann schon torpediert werden. Ich bin felsenfest überzeugt: Das Volk will nicht über Typen entscheiden, weil es sich diese Kompetenz auch nicht zutraut. In dieser Frage haben wir keine Probleme.

Aber jetzt muss ich Ihnen sagen: Wenn wir jetzt genau den Weg des Planungsbeschlusses gehen und parallel dazu – ich sage ganz bewusst "parallel dazu" – die Typenwahl vorantreiben, dann garantiere ich Ihnen, dass genau in der hitzigen Debatte zu dieser Volksabstimmung über den Planungsbeschluss, die dann kommen wird, das VBS schon Kenntnis des gewählten Typs hat – jede Wette! Weil der Bundesrat gemäss Beschaffungsprozess gesagt hat: Ein paar Monate nach der Volksabstimmung wird der Bundesrat dann den Typenentscheid fällen, damit die Beschaffung vorangetrieben werden kann. Das ist völlig korrekt. Wie kann ein Bundesrat – ein Vorsteher des VBS, ich muss es so formulieren – aber glaubwürdig vors Volk stehen und sagen: "Ich weiss nicht, was wir beschaffen werden, wir brauchen nur 8 Milliarden usw., aber ich habe bereits den Typenentscheid gefällt, und das ist mein Antrag an den Bundesrat"? Das ist ein sehr heikles Gefährd.

Ein weiterer Punkt: Wer glaubt, dass das VBS keine Löcher hat und solche Entscheide nicht an die Medien weitergereicht werden, den muss ich leider enttäuschen. Das wird alles an die Medien gehen, und dann haben wir einen Riesensalat. Wir haben ein Riesentohuwabohu, und damit gehen wir das sehr hohe Risiko ein, dass sich das Volk in einer solchen Situation sagt, es sei besser, das Ganze abzulehnen. Ich bin der Meinung, dass das viel gefährlicher ist, als wenn wir jetzt sagen, wir würden das Ganze von Neuem machen.

Die Zeitachse, finde ich, ist ein sehr spannender Punkt. Wir brauchen nämlich diese neuen Flieger, darin sind wir uns alle einig. Wir brauchen sie, und zwar genau so schnell, wie es der Bundesrat eigentlich vorgesehen hat. Aber dafür braucht es keinen Planungsbeschluss. Ein Planungsbeschluss, okay, das wäre ja noch gut. Aber dass damit eine Volksinitiative abgewendet werden kann, das ist überhaupt nicht sicher; die kann es immer noch geben. Die darf man übrigens machen, auch wenn das Volk anders entschieden hat. Wenn der Bundesrat dann mit der Budgetposition kommt und die entsprechende Beschaffung lancieren will, dann kann immer noch das Referendum ergriffen werden. Das wird der Bundesrat schon so machen. Da muss ich sagen:



Okay, dann sind wir wieder im gleichen Schiff, wir haben die Zeitachse eigentlich nicht im Griff. Aber in der direkten Demokratie ist das noch häufig der Fall.

Grundsätzlich bin ich der Meinung: Ich möchte nicht Geister rufen, die ich dann nicht mehr loswerde. Das Finanzreferendum brauche ich nicht. Wir haben klare Prozesse, der Bundesrat kennt sie. Wir können diese Prozesse so durchführen, wie es immer gemacht wurde; allenfalls macht der Bundesrat einen referendumsfähigen Budgetbeschluss über die Beschaffung des Flugzeuges. Er soll den Typenentscheid treffen und sagen, wie viele Flieger er kaufen will. Wenn wir alle, die wir die Armee nicht gefährden wollen, uns einig sind, dann sollte es uns auch gelingen, solche Abstimmungen zu gewinnen.

Aus diesem Grund empfehle ich, diese Motion ganz klar abzulehnen.

Hegglin Peter (C, ZG): Jedes staatliche Handeln verlangt nach einer gesetzlichen Grundlage, sei es für Massnahmen oder für Ausgaben. Kollege Dittli und Kollege Kuprecht haben die Verfassung zitiert. Ich kann auch das Militärgesetz zitieren: Dort heisst es in Artikel 1, dass die Armee der Kriegsverhinderung diene und zur Erhaltung des Friedens beitrage, das Land und seine Bevölkerung verteidige und die schweizerische Luft-
hoheit zu wahren habe. In Artikel 148j ist die Finanzierung dafür geregelt, nämlich dass die Bundesversammlung für jeweils vier Jahre mit einfachem Bundesbeschluss den Zahlungsrahmen für die finanziellen Mittel der Armee freigebe. Dann haben wir ja jeweils noch die Budget- und Voranschlagsdebatten und -beschlüsse.

So weit, so gut; damit wäre alles geregelt. Die Armee könnte sämtliche Waffensysteme aufgrund dieser gesetzlichen

AB 2018 S 946 / BO 2018 E 946

Basis erneuern und anschaffen. Aber – da kommt eben das sehr grosse Aber! – wir haben ein Präjudiz: Das Volk hat damals Nein gesagt zum Gripen. Gemäss meiner Beurteilung kann nur das Volk dieses Nein wieder aufheben, das heisst, es braucht dazu eben wieder einen entsprechenden Beschluss, weil das Volk damals Nein gesagt hat. Dieses Erfordernis ist aber so, wie es angedacht ist, nicht abgedeckt.

Jetzt von Willkür zu sprechen, finde ich ein bisschen mutig. Wir möchten ja nicht eine Ausdehnung, und ich möchte beileibe nicht, dass andere Waffensysteme, dass andere Beschlüsse ebenfalls einem möglichen Referendum unterstellt werden sollen, sondern eigentlich nur dieser Beschluss zur Beschaffung neuer Kampf-
flugzeuge. Von daher geht die Motion in die richtige Richtung: Sie engt den Rahmenkredit ein. Der Bundesrat wollte ja nicht nur die Kampfflugzeuge, sondern eben auch das Bodluf-System dem Volksentscheid unterbreiten, und damit öffnet er quasi das Spektrum. Davor möchte ich aber warnen, denn wenn jetzt auch Bodluf dem Referendum unterstellt wird, könnte man dann ja auch die Artilleriesysteme oder alle weiteren Waffensysteme dem Volk zum Entscheid unterbreiten. Wozu braucht es dann noch diese gesetzliche Grundlage im Militärgesetz?

Davor möchte ich warnen und Sie vor einem Fehlentscheid behüten. Ich will Ihnen vielmehr sagen: Ja, es gibt ein Präjudiz bei der Armee, bei der Erneuerung der Luftwaffe. Wir sollten das Referendum darauf einschränken und den Bundesrat auffordern, dem Volk nur diesen Bereich wieder zu unterbreiten, vielleicht zusammen mit der Kompatibilität mit dem Bodluf-System, aber sicher nicht auch dieses System selbst dem Referendum zu unterstellen.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, der Minderheit zu folgen.

Baumann Isidor (C, UR): Ich habe als Minderheitssprecher versucht, mich kurz zu halten. Ich habe mich darum kurzgehalten, weil ich mich an den Motionstext gehalten habe. Ich stelle nun fest, dass man hier Verschiedenstes hinein- oder herausinterpretieren und damit diese Motion als gefährlich bezeichnen kann, vor allem, wenn man sie ablehnen will.

Ich möchte nochmals klar darauf hinweisen, was die Motion will. Sie, Herr Wicki, haben gesagt, für die Beschaffung brauche es keinen Planungsbeschluss. Das will die Motion auch nicht, das fordert die Motion nicht. Also ist das kein Argument. Sie haben gesagt, man könnte einen referendumsfähigen Budgetbeschluss machen. Ich weiss zwar nicht, ob es das gibt, aber das könnte man tun. Der Motionär sagt ja nicht, welches Instrument angewendet werden muss, um eine Volksabstimmung durchzuführen.

Ich möchte für Ihren Entscheid einfach auf Folgendes hinweisen: Was will die Motion? Die Motion sagt im Titel, dass es um die Grundsatzfrage für die Luftwaffe geht – um gar nichts anderes. Nichts ist bei diesem Vorschlag zwingend dazuzuschreiben, und wenn etwas sinnvoll ist, ist es nicht verboten, dies zu ergänzen. Wenn Sie dann noch zwei Sätze der Begründung lesen, sehen Sie, dass der erste Satz lautet: "Die Beschaffung von Kampfflugzeugen gehört vor das Volk." Mehr nicht. Der letzte Satz heisst – und das ist im Interesse des Parlamentes, er spricht auch das Parlament an -: "Im Falle eines positiven Volksentscheids" – was ich auch hoffe – "evaluiert und beschafft der Bundesrat den zur Auftragserfüllung bestgeeigneten Flugzeugtyp."



Was soll jetzt an dieser Motion gefährlich oder nicht nötig sein? Darum bin ich mit der Minderheit der Meinung: Schenken wir dem Volk das Vertrauen, dass es darauf – hoffentlich – eine positive Antwort geben wird.

Luginbühl Werner (BD, BE): Das Wichtigste zum Vorstoss wurde gesagt; meine Auffassung wurde am besten von den Kollegen Baumann und Kuprecht wiedergegeben. Erlauben Sie mir eine etwas grundsätzlichere Bemerkung als Nicht-Sicherheitspolitiker: Ich bin nicht sicher, ob wir die Lehren aus der gescheiterten Gripen-Beschaffung wirklich gezogen haben. Die bisherigen Positionierungen der armeefreundlichen Kreise deuten nicht darauf hin. Zurzeit werden genau von diesen Kreisen drei oder sogar vier mögliche Finanzierungsmodelle und Abläufe skizziert, und nichts deutet darauf hin, dass jemand von seinem Standpunkt abrücken könnte. Man kann in dieser Frage unterschiedlicher Auffassung sein, das ist selbstverständlich. Aber wenn uns etwas an der Luftwaffe, wenn uns etwas an der Armee liegt, wäre es allmählich Zeit, sich zusammenzuraufen, im Interesse des Schutzes der Bevölkerung. Wenn dies nicht rechtzeitig gelingt, sind es die Bürgerlichen, die die Armee abschaffen, nicht die GSoA.

Eine Volksabstimmung in dieser Frage wird es in jedem Fall geben, alles andere ist eine Illusion. Der Vorstoss verlangt genau das: eine Volksabstimmung. Er ist offen genug formuliert, und darum kann man ihn auch annehmen.

Hefti Thomas (RL, GL): Die Motion mag gut gemeint sein, aber ihre Dimension umfasst nicht nur das VBS, sondern geht darüber hinaus. Wer in Richtung eines allgemeinen Finanzreferendums gehen will, der hat hier eine Gelegenheit, einen Fuss in die Tür zu bekommen und in Richtung des allgemeinen Finanzreferendums zu marschieren. Die Folge einer Annahme dieser Motion wird sein, dass man in diese Richtung geht. Vielleicht nicht all diejenigen, die jetzt dieser Motion zustimmen könnten, aber es wird die Folge sein. Das gilt es zu bedenken, wenn wir über diese Motion entscheiden. Niemand hat es besser ausgeführt als Herr Kollege Hêche: Wir sind frei, und der Bundesrat ist frei, etwas zu machen. Dennoch: Wenn wir den Gripen-Entscheid konsequent ausbügeln wollen, kann man das immer noch machen. Aber wir können das machen ohne diese Motion, und daher ist es das Gescheiteste, diese Motion jetzt abzulehnen.

Stöckli Hans (S, BE): Verzeihen Sie mir, wenn ich auch als staatspolitisch interessierter Ständerat noch zwei, drei Worte zu dieser Motion sage. Auf der einen Seite ist der Text der Motion schon etwas schwierig zu verstehen, weil eigentlich aus dem Text hervorgeht, dass man ein obligatorisches Referendum möchte. Es steht, man sollte dem Stimmvolk raschestmöglich eine Grundsatzfrage stellen. Das ist gemäss unserer Verfassung nicht möglich, weil Artikel 140 das obligatorische Referendum abschliessend definiert. Es ist nicht am Parlament – da bin ich mit Kollega Minder einig –, willkürlich festzustellen, welche Vorlage nun obligatorisch Volk und Ständen vorzulegen ist und welche nicht.

Wir haben einerseits ein sehr heikles Thema, nämlich die Landesverteidigung. Andererseits, und das macht die Geschichte noch etwas schwieriger, sind wir zum ersten Mal daran zu definieren, welche Voraussetzungen ein Planungsbeschluss erfüllen muss, den wir dem fakultativen Referendum unterstellen wollen. Meines Wissens haben wir in diesem Parlament noch nie einen Planungsbeschluss gemäss Artikel 28 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes, welcher fakultativ dem Volk unterbreitet werden kann, beschlossen.

Die Grundsatz- und Planungsbeschlüsse sind ein Thema, das wir schon letzte Woche im Rahmen der Diskussion über die Behandlung des Migrationspaktes diskutiert haben. In dieser Motion ist jetzt aber klar definiert, dass es einen Beschluss geben sollte, der dem fakultativen Referendum unterstellt werden muss. Dafür müsste die Voraussetzung erfüllt sein, dass es ein Grundsatz- oder Planungsbeschluss von "grosser Tragweite" ist, aber was heisst nun "grosse Tragweite"?

Die Abgrenzung zum Finanzreferendum müsste man klar vornehmen, wenn eine Vorlage des Bundesrates kommt, damit wir dieses Finanzreferendum, das die Mehrheit nicht will, nicht durch eine Hintertür, über einen Planungsbeschluss, einführen. Dementsprechend muss es bei einem Planungs- und Grundsatzbeschluss um eine Frage von konzeptionellem Charakter gehen. Es dürfen mit diesem Grundsatzbeschluss also nicht Einzelfragen entschieden werden, sondern es müssen grundlegende Fragen sein; mit einem solchen Planungsbeschluss müssen Weichenstellungen gemacht werden. Wenn der Bundesrat weiter an seiner Vorlage arbeitet, müssen noch gewisse Massnahmen und Überlegungen gemacht werden, damit wir nicht ein Präjudiz für spätere Entscheidungen schaffen und mit der Abgrenzung zum Finanzreferendum in Schwierigkeiten geraten. Dementsprechend werde ich der Motion zwar zustimmen, aber mit diesen Vorbehalten, die ich gemacht habe, und ich

AB 2018 S 947 / BO 2018 E 947

werde ganz genau beobachten, wie die Umsetzung dieser Motion dann erfolgt.





Parmelin Guy, conseiller fédéral: La motion exige que le Conseil fédéral organise le plus tôt possible un scrutin populaire visant à décider si de nouveaux avions de combat doivent être acquis. Il s'agit de permettre à la population de répondre à une question de principe – cela a été dit plusieurs fois – et non de se prononcer sur un type d'avion concret.

Les moyens permettant de mettre en oeuvre la demande formulée dans la motion sont peu nombreux. L'arrêté de planification – tel que le Conseil fédéral l'a mis en consultation – constitue, de son point de vue, la meilleure variante à cet égard. Certes, cet arrêté concerne non seulement les avions, mais aussi la défense sol-air, et il donne la possibilité de lancer un référendum pour qu'un scrutin populaire soit organisé. Cependant, il répond aux exigences de la motion. Le Conseil fédéral ne peut pas aller au-delà.

L'utilisation d'autres procédures n'est déjà plus réaliste aujourd'hui pour des raisons de temps: pour qu'un scrutin référendaire puisse avoir lieu avant le choix du type d'avion, il faut en effet que le projet soit soumis au Parlement au plus tard début mars 2019. Et si un scrutin populaire était organisé après le choix du type d'avion, alors il ne s'agirait plus d'une question de principe, c'est bien clair.

Le Conseil fédéral a proposé d'approuver la motion. Comme vous le savez, lors de la consultation, la procédure incluant un arrêté de planification a notamment été rejetée par deux partis gouvernementaux, le Parti démocrate-chrétien et le Parti libéral-radical.

Le Conseil fédéral, après un premier tour de discussion, m'a chargé de mener quelques consultations avant de pouvoir trancher définitivement sur l'option qui pourrait avoir les meilleures chances de trouver une majorité au Parlement.

Si le Conseil des Etats adopte aujourd'hui la motion, le Conseil fédéral aura l'obligation – puisqu'elle a été acceptée au Conseil national – de présenter un arrêté de planification sur le sujet. Si votre conseil rejette la motion, le Conseil fédéral décidera alors de la meilleure option à suivre pour tenter de trouver une majorité. Le résultat de la consultation est très clair: une large majorité soutient le contenu du projet. C'est sur le chemin à suivre pour arriver à l'objectif qu'on diverge.

J'en viens maintenant à plusieurs interventions qui ont eu lieu par rapport à ce projet. Monsieur Baumann, vous avez parlé plusieurs fois d'interprétation du texte. Vous n'êtes du reste pas le seul: certains ont même dit qu'on pouvait interpréter le texte dans tous les sens! Ce n'est pas exact.

Le texte de la motion demande que l'acquisition des nouveaux avions de combat fasse l'objet d'un vote de principe, indépendamment du type d'avion et dans le cadre du budget de l'armée. Il n'exclut pas d'avoir un arrêté de principe à propos des avions et du système de défense sol-air, tel que l'a prévu le Conseil fédéral. Avec ceci, la demande de la motion, de notre point de vue, est satisfaite, d'autant plus – et cela a aussi été relevé par certains d'entre vous – qu'il est aussi précisé, dans le développement de la motion – certains ont livré d'autres parties du développement –, que doit être contrôlée la compatibilité des avions de combat avec le système de défense sol-air qui doit être acquis. Et si vous voulez avoir la compatibilité, il faut bien avoir un projet d'ensemble pour pouvoir faire les comparaisons nécessaires sur le plan technique. Donc nous ne voyons pas de contradiction.

Certains d'entre vous ont dit que, si on accepte cette motion: "Le Conseil fédéral est libre." Non, il n'est plus libre: il n'est plus libre de suivre la procédure habituelle des programmes d'armement normaux, non soumis à référendum, à propos desquels le Parlement est compétent. Chaque année, il y a un programme d'armement avec son financement; le Parlement peut modifier, adapter le financement, supprimer ou ajouter certaines choses. Or, dans le cas présent, le Conseil fédéral doit d'abord suivre le chemin de l'arrêté de planification; après, en fonction de la décision, il pourra adapter le projet.

Certains d'entre vous ont parlé de la vision d'ensemble; Madame Savary, vous avez parlé de l'exercice démocratique. C'est exactement ce que le Conseil fédéral souhaite. Je crois que la population – et surtout les citoyennes et les citoyens qui votent – vote sur des objets extrêmement compliqués. Souvent, il ne faut pas non plus sous-estimer l'appréciation que font les citoyennes et les citoyens. De mon point de vue et de celui du Conseil fédéral, ils sont intelligents, ils se feront leur opinion sur le principe, sur la vision d'ensemble – est-ce que vous voulez renouveler l'ensemble de la protection aérienne? – au sujet des moyens aériens destinés à protéger la population, à protéger nos infrastructures. Les citoyens, je le pense, comprendront les enjeux.

Ce n'est pas un référendum financier. J'aimerais dire clairement à ceux qui ont dit que c'était l'introduction par la porte de derrière d'un référendum financier que ce n'est pas un référendum financier! Dans le projet du Conseil fédéral, il n'y a ni le nombre d'avions, ni le nombre de bouches à feu du projet de défense sol-air, ni le prix unitaire de l'avion, ni les détails de l'équipement. Cela, ce serait un référendum financier. Mais le Parlement garde toutes ses compétences à ce niveau par le biais des programmes d'armement pour dire que ce n'est pas assez, qu'il faut plus, etc. Donc je crois que l'argument du référendum financier est faux.

Monsieur Hêche, selon vos propos, qu'on accepte ou rejette la motion, cela ne changera finalement rien. Je



viens de démontrer que cela changera quelque chose si elle est acceptée. Si elle est acceptée par les deux conseils, on devra d'abord passer par un arrêté de planification, ce qui ne préjuge de rien après. Là vous avez raison, Monsieur Hêche. Si le Parlement décide ensuite, lors de l'examen de l'arrêté de planification, qu'il ne veut pas entrer en matière ou qu'il veut modifier l'arrêté de planification, c'est l'affaire du Parlement. Le Conseil fédéral présente son projet et il le défendra au Parlement à ce moment-là. Si la motion est rejetée, le Conseil fédéral garde alors la compétence de dire s'il veut quand même aller de l'avant avec son arrêté de planification ou alors revenir à la procédure normale, habituelle, c'est-à-dire celle du programme d'armement annuel dans lequel le gouvernement prévoit les différents moyens financiers. C'est cela la différence. Donc l'acceptation de la motion oblige à ajouter une étape avant, peut-être, de revenir à la procédure qu'on connaît aujourd'hui. Je crois qu'il ne faut pas se tromper à ce niveau-là.

Beaucoup d'entre vous ont cité l'article 58 de la Constitution. Naturellement, lors de la consultation, nous avons fait remarquer que l'article 1 du projet soumis à consultation était inutile. Certainement que, si le Conseil fédéral confirme vouloir un arrêté de planification, il retirera cet article, puisque ce qu'il vise est couvert par l'article 58 de la Constitution.

Monsieur Wicki, vous avez parlé d'un processus stable fixé depuis la nuit des temps – j'interprète un peu votre point de vue. C'est juste: jusqu'ici, nous avons toujours procédé comme cela. Mais le Parlement a introduit, en 2003, dans la loi sur le Parlement, la possibilité que les projets de portée majeure sur le plan stratégique soient traités au moyen du système de l'arrêté de planification, muni ou non de la clause référendaire. C'est ce que nous faisons ici: nous utilisons les instruments évoqués, puisque j'ai cru comprendre que nombreux sont ceux, dans votre conseil, qui souhaitent qu'il soit procédé à un vote.

Il y a diverses façons de procéder à un vote: il peut y avoir un vote sur un arrêté de planification de principe, ou il peut y avoir un vote dû à une initiative populaire. Il faut être clair: en cas de vote positif sur l'arrêté de planification, il est possible qu'il soit suivi d'une initiative populaire. Nous estimons qu'il serait extrêmement difficile – mais non impossible –, en cas de vote positif sur l'arrêté de planification, qu'un groupe lance ensuite très rapidement une initiative populaire, une fois que la population se sera prononcée au moyen d'un vote de principe à propos d'un sujet aussi important. C'est une appréciation politique. Ce sera aux initiants de prendre leurs responsabilités à ce moment-là, en prenant en considération le risque de se faire accuser de jouer la montre et de refuser quasiment le verdict populaire. Quoi qu'il en soit, cette possibilité existe: il ne faut pas la nier.

Monsieur Hefti, vous avez dit que ce n'était pas une caractéristique du DDPS. C'est juste. On peut imaginer d'utiliser l'instrument de l'arrêté de planification pour d'autres choses.

AB 2018 S 948 / BO 2018 E 948

L'exemple qui me vient à l'esprit, ce sont les grandes manifestations. Les expositions nationales sont de grandes manifestations. On a eu un large débat sur les Jeux olympiques d'hiver. Cet instrument pourrait être une fois utile dans ce contexte-ci. On a eu tout le débat pour savoir s'il y aurait une votation fédérale sur les Jeux olympiques. Ce n'était pas prévu par nos institutions. Si un arrêté de planification avait été élaboré auparavant, cela aurait pu être le cas.

Tout cela pour dire que si votre conseil – et je tiens à le dire clairement – suit le Conseil national et soutient la motion, le Conseil fédéral aura l'obligation de présenter un arrêté de planification. Il proposera certainement l'arrêté qui a été mis en consultation, c'est-à-dire avec le paquet. Il ne péjorera pas la proposition contenue dans la motion et laissera toutes les possibilités ouvertes. Le Parlement se prononcera et dira s'il veut un projet sous la forme d'un paquet ou s'il ne veut pas d'un paquet. Je vous rends simplement attentifs au fait que plus on s'approche de la fin du délai où on choisira, où on déterminera quelle est la meilleure combinaison, quel est le meilleur type d'avion, plus la difficulté sera grande. Certains parmi vous ont relevé qu'il vaudrait mieux éviter de polluer le débat par le choix du type d'avion.

Si votre conseil rejette cette motion, le Conseil fédéral fera de nouveau une pesée d'intérêts. S'il devait choisir – et j'utilise le conditionnel – de revenir à la stratégie normale, c'est-à-dire à la présentation de programmes d'armement, il y aurait très certainement une initiative populaire qui serait lancée. A ce moment-là, le processus serait freiné puisque, vous le savez, on n'aurait pas eu de vote de principe avant. S'il y a une initiative populaire, dès que les signatures sont récoltées, c'est notre démocratie directe qui prend le relais: le débat sur le sujet doit avoir lieu.

Voilà ce que je tenais à dire. Pour le Conseil fédéral, l'acceptation de la motion ne péjore pas son projet. Si elle devait être rejetée, il procéderait à une pesée d'intérêts et déciderait s'il convient de persister dans la voie dans laquelle il s'est engagé ou de revenir au système normal.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2018 • Siebente Sitzung • 06.12.18 • 08h15 • 17.3604
Conseil des Etats • Session d'hiver 2018 • Septième séance • 06.12.18 • 08h15 • 17.3604



Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 22 Stimmen

Dagegen ... 18 Stimmen

(1 Enthaltung)

